

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Corona-Pandemie: Gemeinsam und entschlossen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven handeln!**

Der Ausbruch eines neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) in der chinesischen Provinz Hubei hat sich zu einer Pandemie entwickelt, von der inzwischen nahezu alle Staaten der Welt betroffen sind. Die Situationen in den verschiedenen Ländern unterscheiden sich je nachdem in welcher Phase der Ausbreitung des Virus sie sich befinden und über welche Mittel und Infrastruktur die Staaten verfügen, um sie wirksam einzudämmen.

Die Bürgerinnen und Bürger akzeptieren die einschneidenden Maßnahmen und versuchen den Alltag zu bewältigen und sich gegenseitig zu helfen. Der Blick auf andere Länder und Aussagen von Expertinnen/Experten zeigen uns aber: Wir sind erst am Anfang der Krise. Die Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen ist wichtiger denn je. Viele Entscheidungen müssen sehr schnell getroffen werden. Dabei dürfen aber die demokratischen Grundregeln und insbesondere die Rechte der Parlamente nicht außer Kraft gesetzt werden. Die Parlamente und die politischen Akteurinnen/Akteure müssen jetzt handlungsfähig bleiben, genauso wie die Zivilgesellschaft. Dafür müssen Arbeitsweisen angepasst und geeignete Verfahren gefunden werden. Die Aufstellung der Haushalte, die Aussetzung der Schuldenbremse, die Erstellung von Hilfsprogrammen für die Bremer Wirtschaft und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wird die Bremische Bürgerschaft im Rahmen der gewohnten Verfahren bewerkstelligen. Für viele andere demokratische Verfahren und Formate wird die Bürgerschaft aber vorübergehend neue und unkonventionelle Wege finden müssen und auch verstärkt auf digitale Formate setzen, ohne dabei ein Minus an Demokratie in Kauf nehmen zu müssen.

Die Pandemie wird in unseren Städten die Bürgerinnen und Bürger aus allen sozialen Schichten und allen Stadtteilen treffen. Die Möglichkeiten sich aus eigener Kraft zu schützen, sind aber ungleich verteilt. Wir wissen, dass Obdachlosigkeit und ein Leben in großen Unterkünften auf beengtem Raum mit besonderen Strapazen und Gefahren verbunden sind. Auch hier arbeiten die Behörden mit Nachdruck an Lösungen.

Niemand kann im Moment sagen, wann unser Land und die Europäische Union die Pandemie überwunden haben und Leben und Wirtschaften sich wieder normalisiert haben wird. Um eine lang andauernde wirtschaftliche und soziale Krise zu verhindern, wird es umfassende staatliche Programme auf allen Feldern des öffentlichen Lebens geben müssen.

Schon jetzt wirft diese Pandemie Fragen auf, beispielsweise nach der zukünftigen Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten und Schutzausrüstung oder der Vorhaltung medizinischer Kapazitäten oder der Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Hier gilt es aus den Erfahrungen dieser Krise im Anschluss die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag),

1. spricht allen im medizinisch-pflegerischen Bereich, in den Sicherheitsorganen, in den Hilfsorganisationen und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den beteiligten Ämtern und Behörden Beschäftigten ihren Dank und ihre Anerkennung für die enorme Leistungsbereitschaft und aufopferungsvollen Dienst an unserem Gemeinwesen aus. Die Bremische Bürgerschaft unterstützt alle Initiativen, die sich auf Bundesebene für eine angemessene Zulage für das medizinische und pflegerische Personal einsetzen;
2. begrüßt das selbstlose und beispielhafte Engagement der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die beispielsweise durch Erledigung von Einkäufen Verantwortung zum Schutz von Risikogruppen übernehmen;
3. begrüßt, dass die Bremer Institutionen alles tun, was in ihrer Macht steht – verantwortungsvoll, schnell und konsequent;
4. fordert alle Menschen im Land Bremen auf, den wissenschaftlichen Empfehlungen und behördlichen Anweisungen zu folgen, und somit zu einer Eindämmung der Infektionsrate und damit zur Sicherheit vieler Menschen in unserer Gesellschaft beizutragen und so gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Verzicht auf weitergehende Maßnahmen und Einschränkungen zu leisten;
5. wird in enger Abstimmung mit dem Senat dafür sorgen, dass durch das Land die erforderlichen landesgesetzlichen Maßnahmen getroffen und die notwendigen zusätzlichen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen bereitgestellt werden, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Härten abzufedern;
6. begrüßt die Einigung der Länder, die dem „Bremer Weg“ entspricht und bei transparente und barrierefreier Information der Bevölkerung wirksame Verfahren zur Eindämmung des Virus in enger Absprache mit den anderen Ländern, insbesondere Niedersachsen und dem Bund schafft, ohne dabei die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger übermäßig einzuschränken;
7. spricht sich für eine sozial gestaffelte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes nach österreichischem Vorbild aus;
8. spricht sich für verstärkte Anstrengungen der europäischen Staaten aus, sich gegenseitig zu helfen und die Krise durch solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen.

Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen